

Pressemitteilung

30. März 2021

Allensbach-Umfrage

Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft steigt in der Krise

Berlin – Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat eine gute Meinung von unserem Wirtschaftssystem. Mit 54 Prozent Zustimmung erreicht der Wert damit wieder einen Höchstpunkt. Vor zehn Jahren hatten nur 48 Prozent eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft, 2005 waren es sogar nur 25 Prozent, so das **Institut für Demoskopie Allensbach (IfD)** in einer repräsentativen Umfrage für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. Explizit keine gute Meinung haben derzeit nur 17 Prozent. Mit Blick auf die aktuellen wirtschaftlichen Probleme wollen daher fast zwei Drittel (64 Prozent) das Wirtschaftssystem nicht grundlegend infrage stellen, das wollen nur 18 Prozent. Den Glauben, dass es einem persönlich besser ginge, wenn der Staat stärker in die wirtschaftlichen Abläufe eingriffe, hat nur eine verschwindend kleine Minderheit von 8 Prozent – der niedrigste Wert seit über 15 Jahren. Während 2005 nur 24 Prozent befürchteten, dass es ihnen in einem anderen System schlechter ginge, sind davon derzeit 39 Prozent überzeugt. 22 Prozent vermuten, dass es ihnen in einem Wirtschaftssystem weder schlechter noch besser ginge als heute. Entsprechend ist inzwischen eine relative Mehrheit von 37 Prozent davon überzeugt, dass die Marktwirtschaft zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, nur 26 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. Das ist ein deutlicher Meinungsumschwung. Seit über 20 Jahren war durchgehend mindestens eine relative Mehrheit nicht davon überzeugt, dass Marktwirtschaft zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt.

Die Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus steht bei der Bevölkerung nach wie vor ganz oben auf der Liste der dringlichsten politischen Ziele. Dazu gehört auch, für ausreichend Pflegekräfte zu sorgen, verlässlichen Schulunterricht zu gewährleisten und das Gesundheitssystem zu stärken. Dafür zu sorgen, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht größer werden, wird als gleich wichtig bewertet, wie die Wirtschaft zu stärken und für Wirtschaftswachstum zu sorgen. Auf die Frage, was in den nächsten Jahren vor allem zu tun sei, sagen 52 Prozent, es sei wichtiger, dass es bald wieder bergauf gehe. 30 Prozent wollen vor allem soziale Unterschiede verringern, 18 Prozent sind unentschieden.

Die bisherigen Anstrengungen der Politik, die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie zu begrenzen, hält die Mehrheit der Bevölkerung für unzureichend. Die Leiterin des IfD Allensbach, **Prof. Dr. Renate Köcher**: „Nur 28 Prozent haben den Eindruck, dass der Staat die betroffenen Teile der Wirtschaft ausreichend unterstützt, 54 Prozent fordern hier verstärkte Anstrengungen. Überdurchschnittlich fordern die ostdeutsche Bevölkerung und die schwächeren sozialen Schichten ein verstärktes Engagement des Staates ein.“

Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, ist davon überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft mit einem gestärkten Ansehen aus der Krise hervorgehen wird. „Nur 14 Prozent glauben, dass es ein besseres Wirtschaftssystem gibt, die meisten glauben, dass es ihnen ohne Marktwirtschaft schlechter ginge. Je schneller wir nach der akuten Krise wieder zu alter Stärke zurückfinden – zur Aufgabenteilung der Sozialen Marktwirtschaft zwischen einem starken Staat, der seine administrativen Kernaufgaben effizient erfüllt und eigenverantwortlich handelnden Bürgerinnen und Bürgern sowie innovativen Unternehmen, die die Märkte von morgen im Blick haben – desto leichter können wir auch alle anderen Probleme lösen. Die wachsende Skepsis gegenüber staatlichem Einfluss sollte der Politik dabei eine Lehre sein“, so Pellengahr.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.